

## **Einbringung der Kommunalpolitischen Leitlinien**

auf dem Kleinen Parteitag am 15. September 2012 in Dresden

*Dr. Michael Friedrich*

Nun wird es ganz irdisch und dennoch bleibt es hoch politisch, liebe Genossinnen und Genossen!

Lasst uns über Kommunalpolitik sprechen, das Herzstück unserer Parteiarbeit, wie es in so manch einer Sonntagsrede heißt! Herzstück mag vielleicht etwas euphorisch klingen, aber ein paar Körnchen Wahrheit sind da schon drin. Die Fakten: Der Sächsische Landesverband der LINKEN stellt exakt eine Abgeordnete im Europaparlament, acht im Bundestag, 29 im Sächsischen Landtag, aber stolze 1.165 LINKE in den Stadträten, Gemeinderäten, Ortschaftsräten und Kreistagen, dazu noch 11 Bürgermeister und andere hauptamtliche Wahlbeamte.

Diese knapp 1.200 Mandate und die rund 1.050 Menschen, die diese Mandate tragen - bekanntlich gibt es nicht wenige, die zwei Mandate innehaben, daher diese unterschiedlichen Zahlen! - sind ein gewaltiges Pfund, mit dem wir unsere Wertevorstellungen, unser Menschenbild, unsere Politikangebote, unsere Forderungen und Erwartungen an die höheren Politikebenen, ja aber auch unseren Protest in die Gesellschaft tragen können. Deshalb sind unsere Kommunalpolitikerinnen für die Partei geradezu unverzichtbare Multiplikatorinnen und vielerorts - gerade auf dem flachen Land, wo es oftmals kaum noch eine starke Basis gibt - so etwas wie LINKE Leuchttürme oder besser LINKE Andock-Stationen.

Lasst mich an dieser Stelle ganz herzlich Dank und Anerkennung sagen für die schwierige und engagierte ehrenamtliche Arbeit unserer weit über 1000 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker! Der Dank gilt selbstverständlich auch unseren hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Wahlbeamten!

Auch wenn bekanntlich längst nicht alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger unserer Partei angehören sondern nur etwas über 70 Prozent, so sind es doch immerhin Mandate der LINKEN, die uns die Chance geben, in den Städten, Gemeinden und Landkreisen für eine glaubwürdige, kompetente, verlässliche und vor allem eben auch profilscharfe linke Kommunalpolitik einzutreten. Dafür bedarf es geeigneter Personen, die über gefestigten politische Positionen, über die notwendige Sachkompetenz und über ein gerüttelt Maß an Dialogfreudigkeit und Kommunikationsfähigkeit verfügen. Dafür bedarf es aber auch eines gefestigten Konsens in und mit der Partei selbst, mit welchen Zielen, Erwartungen und Ansprüchen wir LINKE uns realistischer Weise in die kommunalen Vertretungskörperschaften wählen lassen, was wir dort bewirken können und woran unsere Erfolge zu messen sind. Damit sind wir beim Thema. Der euch heute vorliegende Entwurf einer Neufassung der Kommunalpolitischen Leitlinien der LINKEN in Sachsen stellt sich genau diesem Anspruch!

Wir wollen ein Dokument erstellen, das gefestigte Positionen, realistische Erwartungen und legitime Ansprüche an LINKE Kommunalpolitik mit einem Ausblick bis etwa zum Jahr 2020 zusammenfasst. Wir wollen ein Dokument erstellen, das gefestigte Positionen, realistische Erwartungen und legitime Ansprüche an LINKE Kommunalpolitik mit einem Ausblick bis etwa zum Jahr 2020 zusammenfasst. Damit schreiben wir die Kommunalpolitischen Leitlinien fort,

die sich unsere Partei - damals noch als PDS - auf ihrem Landesparteitag im Jahr 2003 in Cunnerswalde gegeben hat. Und wir gehen auch deutlich über den Beschluss „Für eine starke Bürgergesellschaft in starken Kommunen“ der Linkspartei.PDS auf ihrem Dresdner Bundesparteitag im Jahr 2005 hinaus. Um keine Irritationen aufkommen zu lassen: Natürlich sind diese beiden Dokumente auch heute noch lesenswert und keinesfalls politisch falsch. Aber auf viele Fragen die uns heute bewegen geben sie nur unzureichende Antworten. Die Stichworte EU-Erweiterung, Föderalismusreform, HARTZ IV, Finanzkrise, Schuldenbremse, Energiewende, Rekommunalisierung, Gemeindestrukturreform und demographischer Wandel mögen genügen, um nur einige der neuen Anforderungen zu beschreiben, denen wir uns gerade auch in den Kommunen stellen müssen. Deshalb haben die soeben genannten Papiere nicht einfach fortgeschrieben und hier und da mal ein bisschen ausgebessert, sondern einen völligen Neuaufschlag gewagt. Ich hoffe er ist gelungen!

Herausgekommen ist ein Dokument von rund 40 Seiten, das in jeder Weise Alltagstauglich und Gestaltungsorientiert sein will. Nun mögen 40 Seiten am Stück viel zu lang erscheinen, aber man muss ja nicht alles von vorn bis hinten auf einmal lesen, sondern nur das, was aktuell interessiert. Nur mal zum Vergleich: Das Kommunalwahlprogramm der SPD hat 120 Seiten, die allerdings müssen wir nicht toppen.

Nun mal zum Kern unseres Anliegens.

Für uns LINKE sind die Kommunen sind keine konfliktfreien, idyllischen Gebilde. Armut und Unsicherheit in einer reichen Gesellschaft treten hier ganz augenscheinlich zutage. Die sozialen Widersprüche der Gesellschaft, die sich in den letzten Jahren vertieft haben, können in den Kommunen höchst konkret und „handgreiflich“ wahrgenommen werden. Die Kluft in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebenssituation zwischen den Menschen ist weiter gewachsen und wächst weiter.

Oberstes Anliegen der LINKEN muss es deshalb sein, die Menschen in den Städten und Gemeinden mit ihren Bedürfnissen und Anliegen, mit ihren Nöten und Sorgen zum Ausgangspunkt des kommunalpolitischen Handelns zu machen und die Kommunen nicht bloß als juristische Verwaltungseinheiten zu betrachten. Schon deshalb kann sich Kommunalpolitik für die LINKE nicht auf unpolitische, rein pragmatische Sachentscheidungen reduzieren, sondern verlangt ein kluges Abwägen nach sachlichen und politischen Gesichtspunkten! Deshalb kann sich Kommunalpolitik für die LINKE nicht auf unpolitische, rein pragmatische Sachentscheidungen reduzieren, sondern verlangt ein kluges Abwägen nach sachlichen und politischen Gesichtspunkten! Elementares Orientierungsfundament für uns sind dabei die Grundwerte des Demokratischen Sozialismus: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sind in ihrer untrennbaren Verbindung zu sehen. Dazu gehört aber auch, in den Kommunen für ein Klima der Weltoffenheit, der Mitmenschlichkeit und der Toleranz zu wirken.

Angesichts der immer geringer werdenden Handlungsspielräume auf kommunaler Ebene scheint die Ohnmacht von Politik hier besonders augenfällig zu sein. Globalisierung, Finanzkrise und EU-Wettbewerbspolitik schränken die kommunale Selbstverwaltung massiv ein, ja machen sie stellenweise zur Farce. Unterfinanzierte und überforderte Kommunen werden zur Mangelverwaltung gezwungen. Die Grenzen kommunalen Handelns werden hierbei schmerzlich erfahrbar.

LINKE Kommunalpolitik kann sich dennoch nicht darin erschöpfen, nur mit Protest darauf zu reagieren. In solchen Situationen heißt es: Protest an die Bundes- und die Landesebene adressieren, Mut zur Prioritätensetzung zu haben und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach Lösungen zu suchen und ihnen dabei die Konsequenzen zu verdeutlichen, die Grenzen des kommunalen Handelns und deren Ursachen aufzuzeigen, Alternativen zur Diskussion zu stellen und die eigenen Entscheidungen transparent darzustellen. In solchen Situationen wird LINKEN Kommunalpolitikerinnen und -politikern auch Kompromissbereitschaft und -fähigkeit abverlangt, die jedoch niemals zu einem Erscheinungsbild der profillosen Beliebigkeit und gar zum Verlust eigener Identität führen dürfen.

LINKE Kommunalpolitikerinnen und -politikern treffen ihre Entscheidungen nach freiem Mandat. Punkt. In der LINKEN, die sich als eine plurale, streitbare und tolerante Partei versteht, steht das freie Mandat nicht zur Disposition und kann auch nicht zur Disposition stehen. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen wäre dies unmöglich, aber ebenso aus Gründen unseres Selbstverständnisses. Daher kann es nicht angehen, etwaige Konflikte mit politisch-administrativen Mitteln und einer herbeizitierten Parteidisziplin lösen zu wollen. Ein sachlicher und kritisch-solidarischer Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Mandatsträgerinnen und -trägern und den örtlichen Vorständen der Partei, sowie die Schaffung von geeigneten Diskussions- und Mitwirkungsformen sind besser geeignet, um gerade bei wichtigen kommunalpolitischen Problemstellungen ein möglichst einheitliches Agieren zu erreichen. Dabei muss auch das Verständnis für die konkreten Wirkungsbedingungen der kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, sowie der Wahlbeamtinnen und -beamten der LINKEN gefördert und ein höherer Grad an Konfliktfähigkeit in der Partei entwickelt werden.

Freies Mandat bedeutet für die Mandatsträgerinnen und -träger jedoch nicht, völlig beziehungslos zu den kommunalpolitischen Zielvorstellungen der Partei zu stehen, sondern sich bei den kommunalpolitischen Aktivitäten und Entscheidungen an den politischen Leitvorstellungen der Partei zu orientieren.

Die kommunal-politischen Leitlinien wollen eine Orientierungshilfe, aber kein Dogma sein. Die vorliegenden kommunalpolitischen Leitlinien wollen hierfür eine Orientierungshilfe, aber kein Dogma sein. Sie sollen Anregungen vermitteln, können aber das eigene Denken, die eigene Vor-Ort-Analyse und eigene Anstrengungen für konkrete politische Entscheidungen in den Kommunen nicht ersetzen. Dabei ist es kein unlösbarer Widerspruch, wenn kommunale Akteure der LINKEN in unterschiedlichen Kommunen infolge unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und politischer Kräftekonstellationen bisweilen zu unterschiedlichen Lösungsansätzen kommen; ebenso wie es kein Widerspruch ist, wenn sich die kommunalpolitische Programmatik der LINKEN nicht immer und überall vollständig im täglichen Handeln ihrer Kommunalpolitikerinnen und -politikern widerspiegelt.

Bei alledem darf sich das kommunalpolitische Agieren LINKER Mandatsträgerinnen und -träger - ich wiederhole mich hier ganz bewusst! - nicht in reinem Pragmatismus und in Beliebigkeit verlieren. Ihr Auftreten und Handeln sollte sich stets von solchen Grundmaximen leiten lassen wie

- glaubwürdig und ernsthaft für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit in den Kommunen zu streiten,
- für die Bewahrung des kommunalen Eigentums und eine Offensive des öffentlichen Eigentums im Interesse der Sicherstellung der kommunalen Daseinsvorsorge einzutreten,
- für umfassende, rechtzeitige und ernstgemeinte Bürgerbeteiligung bei kommunalen Vorhaben zu sorgen.

Aus all diesen Überlegungen heraus gehen die Kommunalpolitischen Leitlinien sehr bewusst äußerst sparsam mit „roten Haltelinien“ um. Alles Wesentliche dazu steht in unserem Parteiprogramm. Vielmehr haben wir weitaus stärker auf „rote Gestaltungskorridore“ oder auch „rote Leitplanken“ gesetzt. Wir wollten ganz bewusst ein Dokument aufsetzen, das trotz miserabler Rahmenbedingungen für die Selbstverwaltung - die wir sehr deutlich benennen und kritisieren - sich nicht beim Jammern und Lamentieren aufhält, sondern ganz ausdrücklich zum Mitmachen und Mitgestalten einlädt. Ein Dokument, das sich sehr gut in den „Dialog für Sachsen“ einordnet und das für ein später zu erarbeitendes Alternatives LINKES Landesentwicklungsprogramm nützlich sein wird. Ein Dokument also für die viel beschworenen „Mühen der Ebene“, der sich linke Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in diesem Jahrzehnt stellen wollen, stellen sollen und wohl auch müssen. Damit ist klar, dass die Kommunalpolitischen Leitlinien ausdrücklich kein Rahmenkommunalwahlprogramm sind, wohl aber eine unerlässliche Vorarbeit, um später einmal zu einem solchen zu kommen.

Wie ihr aus den Beschlussvorschlägen ersehen könnt, ist die Verfahrensweise ganz ähnlich wie bei den Sozialpolitischen Leitlinien, den Bildungspolitischen oder den Kulturpolitischen. So wie wir heute die Freigabe dieses Dokuments für die Diskussion innerhalb und außerhalb der Partei beschließen wollen - und darum bitte ich euch herzlich! - haben die Gliederungen über 6 Monate Zeit bis zum 31. März 2013, den Inhalt und unsere Positionen auf Herz und Nieren zu prüfen und dem Landesvorstand Änderungswünsche mitzuteilen. Im 1. Quartal 2013 soll es dann eine Kommunalpolitische Konferenz, einen so genannten Kommunalkonvent mit großem Einladungskreis bis hin zum SSG, zum SLT und zu ver.di geben, um der Überarbeitung den letzten Schliff zu verleihen. Dann hat wohl erstmal der Bundestagswahlkampf oberste Priorität. Im Hintergrund aber wird die AG Kommunalpolitik die Hinweise, Anregungen und Kritiken aus der Diskussionsphase zum Entwurf aufnehmen und das Dokument für den im Herbst stattfindenden Landesparteitag überarbeiten. Wenn alles gut läuft - und darauf hoffe ich natürlich mit eurer Hilfe sehr! - haben wir im Herbst 2013 völlig neu überarbeitete und vor allem beschlossene Kommunalpolitische Leitlinien. Das ist ganz bestimmt ein gutes Timing, denn bekanntlich sind im Frühsommer 2014 wieder allgemeine Kommunalwahlen.

Kommunen sind Schulen der Demokratie. Hier engagieren sich Bürgerinnen und Bürger, hier können sie sehr unmittelbar an Politik teilhaben und sich für lebenswerte Verhältnisse engagieren. Bürgerinnen und Bürger dürfen nicht nur Adressaten von Verwaltungsentscheidungen sein. In diesem Sinne ist der Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunalpolitik und Verwaltung stets aufs Neue zu aktivieren.

Für LINKE Kommunalpolitikerinnen und -politiker lohnt es sich, hierbei engagiert mitzuwirken. Veränderung der Gesellschaft muss auch von unten beginnen!

Lasst uns in diesem Sinn in die Diskussion der Kommunalpolitischen Leitlinien einsteigen!